

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbon d



## Inhalt

37. Jahrgang / 56

23. März 1982

Björn Engholm MdB, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, fordert Chancengleichheit für Arbeiterkinder: Noch immer die Benachteiligten.

Seite 1

Brigitte Traupe MdB kommentiert das Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahl: Sehnsucht nach vermeintlich heiler Welt.

Seite 3

Heidmarie Wiczorek-Zeul MdEP appelliert, daß das Opfer der niederländischen Journalisten in El Salvador nicht umsonst gewesen sein darf: Und Glückwünsche des US-Staatssekretärs.

Seite 5

Liesel Hartenstein MdB fordert waldegerechte Grenzwerte für Schwefeldioxid: Unsere Wälder dürfen nicht sterben!

Seite 6

### Dokumentation

Willy Brandt bei der Verleihung des Adolf-Grimme-Preises.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

### Chancengleichheit nicht erreicht

-----  
Arbeiterkinder sind noch immer die Benachteiligten

Von Björn Engholm MdB  
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Allen Kindern - unabhängig von Geldbeutel, Beruf und Ausbildung der Eltern - die gleichen Bildungschancen zu sichern, ist und bleibt ein herausragendes Ziel sozialliberaler Bildungspolitik. Eine heute vorgelegte Untersuchung über die Entwicklung der Bildungschancen von Kindern aus Arbeiterfamilien seit Beginn der 70er Jahre dokumentiert, daß dieses Ziel noch lange nicht erreicht ist.

Zwar gibt es einige erfreuliche Entwicklungen, die besonders Arbeiterkindern zugute kommen; so sind zu keiner Zeit mehr Jugendliche in anerkannten Ausbildungsberufen ausgebildet worden als heute. Es muß aber zu denken geben, daß die meisten Jugendlichen, die ohne eine berufliche Qualifizierung bleiben - das sind rund elf Prozent eines Altersjahrganges -, aus Arbeiterfamilien stammen. Arbeiterkinder bleiben auch häufiger als andere ohne Hauptschulabschluß, obwohl die Hauptschule nach wie vor die "Haupt"-Schule der Arbeiterkinder ist: Fast zwei Drittel der Arbeiterkinder sind Hauptschüler, aber nur rund ein Viertel der Angestelltenkinder und ein Fünftel der Beamtenkinder. Der Anteil der Arbeiterkinder in Realschulen entspricht inzwischen annähernd ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Dagegen ist die Zahl der Arbeiterkinder an Gymnasien und Hochschulen immer noch gering: Nur eines von zehn Arbeiterkindern schafft den Sprung auf das Gymnasium, dagegen fast fünf von zehn Beamten- und etwa vier von zehn Angestelltenkindern.

Arbeiterkinder bleiben öfter als andere ohne Berufsausbildung. In den allgemeinbildenden Schulen werden sie benachteiligt. An den Bildungserwartungen und -wünschen liegt es nicht: Sie sind inzwischen in allen Bevölkerungsgruppen weitgehend gleich. Nur die Hürden auf dem Weg zur Verwirklichung dieser Vorstellungen sind für Arbeiter und ihre Kinder ungleich höher:



- Von den Lebensverhältnissen und den Erfahrungen der Eltern am Arbeitsplatz hängt es weitgehend ab, ob Bildungswünsche auch gegen Schwierigkeiten und Widerstände durchgesetzt werden können. Wer am Arbeitsplatz weitgehend von den Entscheidungen anderer abhängig ist, gibt auch hier eher auf.
- Vom Alltag der Kinder aus Arbeiterfamilien sind Sprache, Unterrichtsformen, Verhaltensanforderungen, Leistungsmaßstäbe in den Schulen immer noch sehr weit entfernt. Arbeiterkinder müssen sich oft doppelt und dreifach anstrengen, müssen überdurchschnittlich motiviert und leistungsfähig sein, um mithalten zu können. Andere Kinder sind schon durch Elternhaus und soziale Umwelt erheblich besser vorbereitet.
- Diese Nachteile wirken sich um so schärfer aus, je früher die Weichen für den weiteren Bildungsweg gestellt werden müssen und je schwieriger ein späterer Wechsel ist.

Vor allem "innere" Reformen sind nötig, um die sozialen Ungleichgewichte im Bildungssystem weiter abzubauen. Dazu gehört Elternarbeit, die den Arbeitereltern Mut macht, die Interessen ihrer Kinder durchzusetzen und eine verstärkte Mitwirkung der Arbeitereltern in Bildungseinrichtungen zu erreichen. Besonders wichtig ist, daß die Schule der Lebenswirklichkeit, die Interessen und Fähigkeiten von Arbeiterkindern im Vergleich zum gegliederten Schulwesen wesentlich verbessert hat. Im Interesse der Arbeiterkinder ist die Forderung nach einem Gesamtschulangebot zu bekräftigen, das der Nachfrage der Eltern und Kinder entspricht, Gesamtschulabschlüsse müssen überall - auch in Bayern - voll anerkannt werden,

Übergangsmöglichkeiten in alle Bildungsgänge der Oberstufe muß aber auch die Hauptschule eröffnen. Ein zehntes Bildungsjahr für alle Hauptschüler ist dafür eine der entscheidenden Voraussetzungen.

An die Wirtschaft appelliere ich, ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Das ist für Arbeiterkinder, die zu mehr als 90 Prozent eine berufliche Ausbildung beginnen wollen, besonders wichtig. Eine Verschlechterung der Ausbildungssituation schadet vor allem den Arbeiterkindern. Auch für Hauptschüler ohne Abschluß und Sonderschüler müssen in Zukunft mehr vollwertige berufliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Hierfür müssen Wirtschaft und Verwaltung sorgen.

Die unverzichtbare materielle Basis jeder Chancengleichheitspolitik ist aber die finanzielle Absicherung durch eine sozial gezielte Ausbildungsförderung. Die große Mehrheit der durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) geförderten Schüler an den beruflichen Schulen und an den Gymnasien kommen aus Arbeiterfamilien. Hier den Rotstift anzusetzen würde einen Rückfall in Bildungsideologien vergangener Zeiten bedeuten.

Politik für mehr Chancengleichheit ist keine Gnade, die Kindern "kleiner Leute" erwiesen wird. Sozialstaatsgebot und Benachteiligungsverbot des Grundgesetzes gebieten die Chancengleichheit. Eine Bildungspolitik, die mehr Jugendliche zu qualifizierten Abschlüssen in allgemeiner und beruflicher Ausbildung bringt, ist aber auch ein entscheidender Beitrag zu einer vorausschauenden Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

(-/23.3.1992/ks/ca)

+ + +



Sehnsucht nach vermeintlich heiler Welt

Der Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl offenbart Wählerwünsche

Von Brigitte Traupe MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und des niedersächsischen Landesvorstandes

Betroffenheit hat die niedersächsische SPD angesichts der großen Verluste am Sonntag erfaßt. Da hatte sich dieser doch geschlossene Landesverband unserer Partei nach dem schlechten Ausgang der Kommunalwahlen am 27. September 1981 und dem Schreck über einen so frühen Landtagswahltermin aufgerappelt und wenigstens versucht, einen engagierten Wahlkampf zu führen. Die Stimmung in der Partei und in der Bevölkerung war im Januar 1982 merklich besser geworden, aber dann gab es jede Woche eine neue Hiobsbotschaft:

- Streit innerhalb der Bonner Koalition,
- Streit innerhalb der eigenen Partei.

Im Februar verging kaum ein Wochenende, an dem nicht irgendein Bezirks oder Landesverband sich kritisch mit der Politik in Bonn auseinandergesetzt hat!

Und dennoch kämpften die niedersächsischen Sozialdemokraten mit Unterstützung aus Bonn tapfer gegen die hiesige CDU und einen Ministerpräsidenten, der weiß Gott keine erfolgreiche Leistungsbilanz aufweisen konnten:

- Mehr Arbeitslose als in jedem anderen Bundesland.
- Eine Verdreifachung der Staatsverschuldung seit 1976.
- Ein niedrigeres Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu den anderen Bundesländern seit 1975.

Der Ministerpräsident Albrecht und seine Landtagskandidaten haben recht geschickt die Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit den Bonnern zugeschoben. Von dort kam - durch eine zerstrittene Koalition verstärkt - keine massive, offensive Gegenargumentation. Der frühere Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller traf den Nagel auf den Kopf, als er meinte, die Bundesregierung habe es nicht verstanden, ihre "Gemeinschaftsaufgabe für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität" den Bürgern, den Arbeitnehmern und Arbeitgebern überhaupt verständlich zu machen!

Da reichte es auch nicht, in den gut besuchten Wahlveranstaltungen unsere Absicht zu erklären. Das bundesweite Medienecho stand gegen uns.



Auf Ratlosigkeit, Hilflosigkeit und Mutlosigkeit traf man bei den eigenen Parteimitgliedern und unseren Wählern. Ja, zum Teil auf eine in bittere Enttäuschung umgeschlagene Sympathie.

Diese Grundstimmung in der Bevölkerung, die die Sozialdemokratie bundes- wie landesweit noch nicht aufgenommen hat, auf die wir noch nicht verstanden haben zu reagieren, fängt nun die CDU auf. Ernst Albrecht bietet dafür Geborgenheit, zeigt Sympathie für Disziplin und gute Erziehung, für höhere Werte.

Die Menschen - auch in Niedersachsen - wollen in einer so schwierigen, komplizierten Zeit den Zipfel der vermeintlich heilen Welt, die schützende Hand spüren. Sie suchen eine emotionale Bindung. Da bietet ihnen eine unverständlich diskutierende und argumentierende SPD auf Bundesebene, eine in sich zerstrittene Partei, für und gegen Kernenergie, für und gegen atomare Bewaffnung, für und gegen den Bundeskanzler Helmut Schmidt, keinen Halt. Für sie ist diese Partei nicht wählbar.

Nur in den ländlichen Räumen, in denen die Landtagskandidaten vielen auch persönlich bekannt sind, konnte dieser öffentliche Zwiespalt der SPD durch das persönliche Auftreten der sozialdemokratischen Mandatsträger gemildert werden. Deshalb liegen in unseren ländlichen Hochburgen die Verluste auch unter dem Durchschnitt.

Wie schon 1978, aber auch bei der Bundestagswahl 1980, sind die großstädtischen Ballungsräume um Hamburg, Bremen und Hannover die Räume, in denen wir die meisten Wähler verloren haben. Vergleicht man alle Wahlen der letzten fünf Jahre, so müßten die Alarmglocken für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unüberhörbar läuten!

Die SPD hat in Niedersachsen ihren Stimmenanteil von 1958/59 wieder erreicht. Weiter abwärts darf es nicht gehen. Die Partei ist in der Substanz gefragt, hier geht es nicht mehr nur um einen negativen Trend.

Willy Brandt und Helmut Schmidt brauchen jetzt eine Solidarität der gesamten Partei, um die Koalition in Bonn fortsetzen zu können. Die Partei kann dafür vom Bundeskabinett, von der Bundestagsfraktion und vom Parteivorstand weniger Gerede, aber mehr Solidarität und mehr Erklärung ihres Handelns erwarten.

Die SPD muß in Bonn und im gesamten Lande wieder die geistige Führung übernehmen. Dies kann nur mit mehr Disziplin, mehr Arbeit und mehr Engagement beim Bundeskabinett anfangen. Im anderen Falle werden wir auch in Hamburg und Hessen überrollt.

Niedersachsen hat gezeigt, daß auch eine solide Parteigliederung wie die SPD hier im Lande Kurt Schumachers mit einem Mann wie dem integren Karl Ravens an der Spitze das Blatt für die SPD nicht wenden konnte.

Nicht die Stärke der CDU, sondern die bundesweite Schwächung der SPD haben die niedersächsische Niederlage bewirkt.

Viel Zeit zum Bessermachen bleibt uns angesichts des 6. Juni 1982 in Hamburg und des 26. September 1982 in Hessen nicht!

(-/23.3.1982/vo-he/ca)

+ + +



Und Glückwünsche des US-Staatssekretärs für Menschenrechte

Das Opfer von Koss Koster, Jan Kuiper und ihrer Kollegen darf nicht umsonst sein

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP

Die Journalisten Koss Koster und Jan Kuiper begleiteten uns im Juni 1981 bei der Delegationsreise von christdemokratischen und sozialistischen EP-Abgeordneten in El Salvador. Jetzt wurden sie zusammen mit zwei anderen holländischen Kollegen von den Militärs in El Salvador in einen Hinterhalt gelockt, ermordet und verstümmelt.

Jan Kuiper, der träumerische, zutiefst moralisch engagierte junge Mann, der dabei war, einen Roman zu schreiben, und der sich um die Finanzierung des Fernsehfilmes mühte, den er jetzt in El Salvador drehen wollte.

Und Koss Koster - mit unbändigem Engagement auf der Seite der Gerechtigkeit. Er war, in Mexiko stationiert, einer der besten Mittelamerika-Kenner, der Guatemala, Nicaragua und El Salvador wiederholt bereist und sachkundig darüber berichtet hat. Der über die Berichterstattung nicht das menschliche Mitleiden und Handeln verlernte.

Die beiden begleiteten uns bei fast allen Gesprächen, die wir in El Salvador führten und halfen oft genug bei der Übersetzung aus. Wir blieben auch nach der Rückreise in Kontakt. Es war Koss Koster, der mit uns ins Flüchtlingslager San José de la Montaña ging und die Kinder aufheiterte, die dort unter erbärmlichsten Bedingungen ohne Dach über dem Kopf und ohne Schlafplatz vegetieren.

Es war Koss Koster, der unser Gespräch mit den Müttern der Vermissten, Verschleppten und Gefangenen und mit der Menschenrechtskommission in El Salvador dolmetschte und der auch uns, die wir dabei weinten, tröstete.

Es war Koss Koster, der meine Kollegin Ien van den Heuvel und mich als einziger ins Gefängnis Santa Tecla begleitete und unser Gespräch mit den politischen Gefangenen dolmetschte.

Es ging um ihn. Er sollte kaltblütig ermordet werden. Regierungstruppen ließen den Wagen, in dem er und seine Kollegen unterwegs waren, durch alle Kontrollstellen passieren, bis sie den Fahrer zurückschickten und das Blutbad begannen.

Er wurde ermordet, weil er die Wahrheit über El Salvador kannte und sie nicht schonte oder verschwieg. Er wurde ermordet, weil er beim Militär und dem militärischen Teil der Junta verhaßt war. Er war einer der Journalisten, die diesen Namen verdienen und auf den diejenigen in El Salvador hofften, die litten und gequält wurden. So kannte er die Gewerkschafter in El Salvador, und er war nach unserem Gefängnisbesuch in Santa Tecla erschüttert, weil alle seine Bekannten unter den Gewerkschaftern zwischenzeitlich entweder ermordet oder wie Opfer des Psychoterrors der Polizeikräfte gegen sie geworden waren, indem man ihre Familienangehörigen willkürlich ermordete.

So verfährt das herrschende Militär mit seinen eigenen Bürgern: Foltern, Abknallen, die Toten noch martern und verstümmeln. In den Jahren der Junta unter Duarte wurde so 0,3 Prozent der Bevölkerung von offizieller Polizei und Armee ermordet. Zur Abschreckung.

So verfährt das herrschende Militär auch mit seinen Kritikern von außen, auch und gerade wenn es Journalisten sind. Zur Abschreckung. Und gerade an dem Tag, an dem die Holländer ermordet wurden, erklärte der US-Staatssekretär für Menschenrechte, daß El Salvador Glückwünsche verdiente für seine Politik der Öffnung in Hinsicht auf die internationale Presse.

Die US-Regierung stützt den Mord und liefert die Ausrüstung. "Warum kommt die Niederlage immer viel schneller als der Sieg? Man kann doch nicht sein ganzes Leben kämpfen... mal ausruhen, das wäre schön", schrieb er mir in einem seiner letzten Briefe. Er mußte kämpfen bis an das Ende seines Lebens. Den Sieg und das Ausruhen haben ihn die Gewehrkolben, die seinen Kopf zertrümmerten, und die Schüsse, die seinen Körper durchlöcher-ten, nicht erleben lassen.

Ich hoffe um der Ermordeten, um Koss Koster, Jan Kuiper und ihrer Kollegen, wie um all der Menschen willen, die geopfert wurden, daß die Niederlage der US-Regierung in El Salvador sehr schnell kommt.

+ + +

(-/23.3.1982/ks/ca)

Unsere Wälder dürfen nicht sterben!

Zulässige Grenzwerte für Schwefeldioxyd müssen waldgerecht sein

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Jetzt klingeln die Alarmglocken unüberhörbar. Unsere Wälder sind krank: Erst traf es die Tannen, dann die Fichten, dann die Kiefern, und nun sind auch die Laubwälder dran, Linden, Buchen, Eichen. Allein in Baden-Württemberg mit seinen 130.000 Hektar Tannenbeständen, siecht rund die Hälfte dahin. Man spricht von einer "Komplexkrankheit" die mehrere Ursachen habe.

Es besteht aber kaum noch ein Zweifel daran, daß zu den Hauptursachen die enorme Luftverschmutzung durch Schwefeldioxyd ( $\text{SO}_2$ ) gehört, die den "sauren Regen" erzeugt, der wiederum zur Versauerung der Böden und zum Absterben der Bäume führt.

#### Was muß geschehen?

1. Bei der Neufassung der TA Luft sind Immissionsgrenzwerte für Schwefeldioxyd festzulegen, die gewährleisten, daß eine weitere Schädigung der Wälder vermieden wird. Dies ist bei den im Entwurf vorgesehenen Werten von 140 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft (Langzeitwert) beziehungsweise 400 Mikrogramm (Kurzzeitwert) nicht der Fall. Nach Auffassung des Deutschen Forstwirtschaftsrates müssen deshalb diese Werte schrittweise um mehr als die Hälfte herabgesetzt werden. Geschieht dies nicht, so ist mit einem großflächigen Absterben der Waldbestände zu rechnen, und zwar in einem galoppierenden Tempo.
2. Noch entscheidender als die Festlegung waldgerechter Immissionsgrenzwerte ist die Reduzierung des Schadstoffausstoßes an der Quelle. Bei der in Vorbereitung befindlichen Verordnung für Großfeuerungsanlagen müssen die zulässigen Emissionsgrenzwerte so festgelegt werden, daß der notwendige Schutz der Wälder sichergestellt wird. Die Großemittenten, insbesondere Kraftwerke und Industrieanlagen, entlassen immerhin annähernd zwei Millionen Tonnen  $\text{SO}_2$  pro Jahr in die Luft; das sind 56 Prozent der gesamten Schwefeldioxyd-Emissionen über dem Bundesgebiet.

Die "Politik der hohen Schornsteine" hat sich als Scheinlösung erwiesen" sie entlastet zwar die Ballungsgebiete zu einem gewissen Grade, ohne jedoch die Schadstoffmenge als solche zu verringern. Diese wird nur großräumig verteilt. Bei Einbau von Rauchgasentschwefelungsanlagen können 90 Prozent des Schwefeldioxyds zurückgehalten werden. Zum mindesten für alle Neuanlagen muß die Rauchgaswäsche verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Altanlagen ist ein Stufenprogramm zu entwickeln, das die Sanierung schrittweise voranbringt. Zweifelsohne ist die Rauchgasentschwefelung kostenträchtig. Rechnet man jedoch die Korrosionsschäden an Bauwerken, die Schäden und Wachstumsverluste in den Wäldern und die durch Luftverschmutzung erzeugten Krankheiten in der Bevölkerung zusammen, so würde sich eine umfassende Abgasentschwefelung auch bei Altanlagen volkswirtschaftlich mehr als bezahlt machen.

Aber nicht nur aus den Schornsteinen der Kraftwerke und Industriebetriebe gelangen  $\text{SO}_2$ -haltige Abgase in die Luft, sondern auch aus den Hausfeuerungen und aus dem Kraftfahrzeugverkehr. Deshalb ist die - technisch längst mögliche - Abgasentgiftung der Kraftfahrzeuge ebenso erforderlich wie ein konsequenter Ausbau der Fernwärmeversorgung, der die Zahl der Einzelfeuerungsanlagen spürbar verringert.



50 Prozent der über der Bundesrepublik niedergehenden schwefelhaltigen Säuren stammen nicht aus der "Eigenproduktion", sondern sind Folge einer grenzüberschreitenden Luftverschmutzung. SO<sub>2</sub>-haltige Abgase werden, je nach Windrichtung und Wetterlage, in großer Höhe mehr als 1.000 Kilometer weitertransportiert. Daraus geht hervor, daß internationale Regelungen auf dem Gebiete des Immissionsschutzes ebenso unverzichtbar sind wie beim Gewässerschutz. Im November 1979 haben 35 Länder in Genf ein Abkommen über grenzüberschreitende Luftverschmutzung geschlossen, das den Ausbau eines gemeinsamen Meßsystems vorsieht und in dem sich alle Staaten zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes verpflichten.

Dies ist ein guter Anfang, aber nur ein Anfang. Nunmehr ist der nächste Schritt fällig: nämlich die tatsächliche und möglichst rasche Verminderung der Emissionen.

Meßsysteme und Forschungsvorhaben allein genügen nicht. Man weiß genug, wenn man den betrüblichen Zustand unserer Wälder beobachtet. Ökologische und ökonomische Auswirkungen greifen eng ineinander. Bereits heute werden bei den Nadelhölzern Zuwachsverluste von 20 bis 30 Prozent pro Jahr festgestellt. Im Forstwirtschaftsjahr 1980 fielen von 1,3 Millionen Kubikmeter Tanneneinschlag allein 650.000 Kubikmeter als Schadholz an. Mit dem Anfall dieses nicht gesunden, sondern minderwertigen Holzes sind erhebliche wirtschaftliche Verluste verbunden.

Ein Herumdoktern am Symptomen, zum Beispiel durch Kalkung des Waldbodens, hilft nicht weiter. Einmal weil es die Ursache des Übels nicht beseitigt, zum anderen weil eine solche Maßnahme nur punktuell eingesetzt werden kann. Kosten der Kalkung pro Hektar Wald: 500 DM! Absterbende Wälder sind Indikatoren für eine sehr viel tiefergehende Umweltschädigung: für die Verschlechterung der Böden, für die nachlassende Vitalität der gesamten Flora, für eine früher oder später eintretende Veränderung unseres Klimas. Wo die Wälder erkranken, ist nicht nur das ökologische Gefüge bedroht, sondern letztlich auch die Gesundheit des Menschen. Deshalb ist es dringlich geboten, dem schleichen- den Tod unserer Wälder wirksam Einhalt zu gebieten. Und dies bald.

(-/23.3.1982/hf/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Zur Verleihung des Sonderpreises Nord-Süd-Probleme/Entwicklungspolitik des 18. Adolf-Grimme-Preises führt der SPD-Vorsitzende Willy Brandt heute (Sperrfrist 19 Uhr) unter anderem folgendes aus:

Unsere Handlungsfähigkeit wird Maß hervorrufen

Unser aller Zukunft ist bedroht! Sie ist gefährdet vor allem durch zwei Entwicklungen, die auf komplizierte und unheilvolle Weise miteinander verschränkt sind: Das spannungsgeladene und vom Wettrüsten unerträglich beschwerte Verhältnis zwischen Ost und West und das extrem unbefriedigende Verhältnis zwischen Nord und Süd, das zu empörenden Ungerechtigkeiten gegenüber Millionen Menschen geführt hat.

Die Gegensätzlichkeiten zwischen den nuklearen Großmächten und das Wettrüsten bedrohen auch ganz unbeteiligte Völker, überziehen die ganze Welt mit Spannungen und strategischen Netzen, verschärfen regionale Konflikte anderen Ursprungs. Dies verhindert mehr noch als alles andere, daß die Entwicklungsländer am wirtschaftlichen Fortschritt angemessen teilhaben können.

Und umgekehrt: Die Industriestaaten des Nordens - im Osten wie im Westen - sind nicht ausreichend in der Lage, die Vergeudung der natürlichen Reserven der Erde und die Verwüstung unseres Planeten zu stoppen. Und sie sind nicht in der Lage, der Entwicklungswelt eine wirtschaftliche Entfaltung zu ermöglichen, obwohl es - über den Tag hinaus - ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen entsprechen würde.

Diese Situation ist absurd, die mangelnde Handlungsfähigkeit unserer Welt unbegreiflich. Ich füge hinzu: Viele der Millionen Menschen, die aufgrund dieser Handlungsfähigkeit unverschuldet in Not und Hunger leben, werden dies zunehmend mit Maß quittieren. Ja, es gibt schon Stimmen, auch von Regierungsmitgliedern, daß sie bei einem dritten Weltkrieg nichts zu verlieren hätten.

Das Ausmaß der Probleme, denen sich die Länder, unabhängig von ihren politischen und gesellschaftlichen Ordnungen, gegenübergestellt sehen, wächst unaufhörlich: Von der Energie bis zur Ökologie, von Eindämmen der Bevölkerungsexplosion bis zur Überwindung des Welt Hungers, von wirksamer Rüstungsbegrenzung bis zur Beschäftigungspolitik und neuen wissenschaftlichen Optionen, die sich erst in Umrissen andeuten.

Nicht nur sind diese Probleme ihrem Kern nach allerorts verwandt und betreffen somit alle Weltregionen. Auch das Ausmaß, in dem die Probleme in einer einzelnen Region gelöst werden beziehungsweise infolge mangelnder Lösungen zu Gefahren anschwellen, bestimmt die Situation in anderen Regionen. Ein Gefahrenpotential, das sich an einem Ort aufbaut - sei es ein militärisches, sei es ein wirtschaftliches, sei es ein soziales -, läßt auf die Dauer andere Regionen nicht mehr unberührt.

Ich bestreite nicht die "Regionalisierbarkeit" von Aufgabenstellungen - im Gegenteil, dies ist in vielen Fällen der einzig gangbare Weg, zumal so lange es noch so schwer ist, internationale Vereinbarungen zustande zu bringen und gemeinsame Interessen durch aufeinander abgestimmtes Verhalten und geeignete Institutionen wahrnehmen zu lassen. Aber von Erfolg wird das nur sein im Geist wechselseitiger Rücksichtnahme und des Ausgleichs von Interessen.

Rein nationale Lösungen werden auf entscheidend wichtigen Gebieten zunehmend weniger tragfähig. Kaum ein Staat ist ökonomisch so stark oder so unabhängig, daß er auf Interessenausgleich verzichten könnte. Allein auf militärische Stärke zu setzen, kann zu nichts Gutem führen. Was wir heute dringender denn je brauchen, sind zunächst Beschlüsse über Rüstungsbegrenzung und reale Abrüstung.

Und wir brauchen die Wiederaufnahme einer Politik, die auf den Abbau von Spannungen gerichtet ist und über Europa hinausreicht.

Darunter verstehe ich nicht zuletzt: Die Politik der Großmächte muß die Dimension der Nord-Süd-Beziehungen und der hier kurz beschriebenen Globalprobleme berücksichtigen. Bisher überlagern die Hochrüstung und die Rivalität der Weltmächte eindeutig die entwicklungspolitischen Bedürfnisse und die globalen Zukunftsfragen.

Dies wird nicht mehr lange gehen, wenn man nicht auf wirtschaftliche und womöglich ökologische Katastrophen weltweiten Ausmaßes warten will, die irreparable Schäden hervorrufen und zugleich zu internationaler Panik führen können. Mit anderen Worten: Ich plä-



diere dafür, konkrete Verbindungen zwischen der Ost-West-Frage und dem Thema Nord-Süd-Beziehungen herzustellen. Ich plädiere für eine deutliche Verbindung zwischen Entspannung und Abrüstung einerseits, Entwicklungs- und Ressourcenpolitik andererseits.

Die globale Rivalität überzieht die Welt. In diesem Jahr werden weltweit bald 600 Milliarden Dollar für Rüstung verwendet. Über eine ungeheure Menge an Intelligenz, Arbeit und Kapital wird objektiv nutzlos verfügt. Und so nahe lägen die Lösungen der Vernunft: Mit nur einem Bruchteil der Rüstungsausgaben wäre der Welthunger zu stillen, wären die meisten der armen Entwicklungsländer in die Lage zu versetzen, in absehbarer Zeit die Grundbedürfnisse ihrer Menschen zu befriedigen.

Für den Aufbau einer neuen Weltordnung müßte es gelingen, das Mißtrauen zwischen den Blöcken abzubauen und die Vision gemeinsamen Wohlergehens über kurzfristige und einseitige Konstellationen hinüberzutragen. Wir werden dieses Ziel nur erreichen, wenn die weltweiten Zusammenhänge der Probleme, mit denen wir es zu tun haben, den Menschen deutlicher als bisher bewußt werden.

Wir brauchen einen Bewußtseinswandel der Öffentlichkeit, weil sonst erfahrungsgemäß nicht genügend Impulse ausgehen - man könnte auch sagen: nicht genügend Druck entsteht -, um alteingefahrene Geleise der Politik zu verlassen. Hier sind die Medien - und ich meine, in Deutschland gerade die öffentlich-rechtlichen Medien - gefordert, auch gegen die Gesetze einer glatten Bekümmlichkeit zu verstoßen. Die Verelendung der Dritten Welt darf nicht nur dann mit dem Prädikat "aktuell versehen werden, wenn in der Sahel-Zone - sozusagen vor den Augen der Kameras - viele tausend Menschen schrecklich zugrunde gehen.

Zu viele Mitbürger verschließen noch immer ihre Augen. Andere haben zwar die Augen offen, sind aber gleichwohl nicht bereit, Konsequenzen zu ziehen und "endlich über den Gartenzaun zu blicken", wie Gustav Heinemann es uns anempfahl. Vielen Menschen die Augen zu öffnen und ihnen bewußt zu machen, daß die Kluft zwischen den reichen und armen Regionen unserer Welt zum Abgrund werden kann, der uns alle verschlingt: Hier können Fernsehen und Hörfunk Entscheidendes leisten.

In der Begründung der Jury für die mit dem Sonderpreis ausgezeichnete Sendung heißt es, hier werde "auch dem weniger sachkundigen Zuschauer die Notwendigkeit eines Umdenkens im Hinblick auf das gemeinsame Überleben in unserer Welt bewußt gemacht". Genau darum geht es, und ich kann nur hoffen, und wünschen, daß dieses Beispiel und auch das Beispiel der mit "Ehrender Anerkennung" versehenen weiteren beiden Beiträge bei der ARD und im ZDF Schule machen.

Die Tatsache, daß für den diesjährigen Sonderspreis insgesamt zwölf Sendestunden gemeldet wurden, zeigt, daß es in den Rundfunkanstalten eine Reihe von Ansätzen gibt, sich mit diesem Themenkomplex systematischer auseinanderzusetzen. Die Medien mancher anderer Länder sind uns hier voraus. Die anwesenden Programmverantwortlichen mögen mir den Hinweis gestatten, daß bei uns in Presse und Funk von dem Bericht der Unabhängigen Nord-Süd-Kommission weit weniger Kenntnis genommen wurde, als dies etwa in Großbritannien, Holland oder Skandinavien der Fall war.

Das Ringen um eine Reform der weltwirtschaftlichen Beziehungen war in den vergangenen Jahren nicht zufällig begleitet von den Bemühungen um eine Veränderung dessen, was man die "Weltnachrichtenordnung" genannt hat. Dazu ist nicht nur Vernünftiges vorgebracht worden. Aber wir tun gut daran, das Aufbegehren gegen ein System zu verstehen, in dem sich der Stärkere, also das große Geld und die bessere Technologie, gegen den Schwächeren mithin die Dritte Welt, bisher durchgesetzt hat.

Wer ein wenig herumgekommen ist, empfindet Verständnis dafür, daß die Auswahlkriterien mancher Medien eine kritische Überprüfung nötig haben. Es ist nicht in Ordnung, einen schwarz-afrikanischen Staat erst dann für erwähnungswert zu befinden, wenn dort Probleme für eine weiße Minderheit entstehen oder das angeblich wohlgeordnete Erbe kolonialer Verwaltung gefährdet erscheint. Der Informationsfluß ist weiterhin gefährlich einseitig: Viele Nachrichten aus der Dritten Welt werden immer noch nicht vermittelt, da sie angeblich die meisten Menschen in den Industrieländern nicht interessieren. Dabei wird es nur dann gelingen, die politisch so unumgängliche Partnerschaft der Kontinente und Regionen herbeizuführen, wenn uns die Sorgen der anderen nicht fremd bleiben, wenn deutlich wird, wie sehr uns bewußt ist, daß wir aufeinander angewiesen sein werden.

Ich begrüße es sehr, daß der angesehene Adolf-Grimme-Preis um eine besondere Auszeichnung für Beiträge zum Verständnis des Nord-Süd-Problems bereichert worden ist. Den Autoren des Beitrags "Mit offenen Augen in die Katastrophe", Horst Hano und Christian Herrendörfer, sage ich meinen herzlichsten Glückwunsch. Sie haben es verstanden, durch überlegte Anschauung ein Stück Verständnis zu wecken. Ich hoffe, dies und die anderen ausgezeichneten Beiträge, zu denen ich gleichfalls gratuliere, sind ein guter Anfang, der beispielhaft wirken wird und zu jener Umorientierung beitragen kann, die wir nötig haben. Ob der einzelne aus mitmenschlicher Verantwortung, aus Furcht vor zusätzlicher Kriegsgefahr oder aus Sorge um das Überleben der Menschheit tätig wird - entscheidend ist, daß wir etwas tun. + + +